

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung im Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei Fernpost monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Freiband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Interate haben die nachgep. Anzeigenblätter oder deren Raum 1,20 M., Westanzeigen das letzte Blatt 20 Pf., jedes weitere Blatt 25 Pf., Leveragezahlung 70 Proz. Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen 100 Pf. der Zuschlag tritt. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Unterarten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schwere Anklagen gegen die Regierung

ist das wahr?

In der neuesten Nummer der „Zukunft“ wird ein Brief veröffentlicht, den Ernst Sonnenfeld, der in Holland internierte Vertrauensmann von Georg Elzard, an seinen Vertreter, einen Berliner Anwalt, gerichtet hat. Der Brief lautet:

„Ich kann unter Eid und unter Angabe von Seegen auslegen, daß ich als Submeister unserer Regierungsbrigade den Auftrag erhalten habe, eine Prämie von fünfzigtausend Mark dem auszugeben, der Liebtnecht oder die Luxemburg tot in den Reichstag einliefern werde. Ich kann diesen Befehl, der mit Erläuterungen gegeben wurde, in allen Einzelheiten und Folgerungen genau detaillieren. Später erzählte mir der Sohn von Elzard, daß sein Vater und Scheidemann (damals Volksbeauftragter) gemeinsam hunderttausend Mark für diese Tat ausgesetzt hatten, daß sich daraufhin Elzards Nefte, Alfred Bopp, zu der Tat angeboten habe, was Scheidemann aber, als zu unzuverlässig, abgelehnt worden sei. Herr Elzard wird über die Genauigkeit meiner Aufzeichnungen staunen; ich begann sie in dem Augenblick, wo mir ein Licht über den Niefenschwindel aufgegangen war. Einige Parteien wird es auch sehr interessieren, wenn ich an Hand der Belege nachweise, daß eine sozialdemokratische Wahlpropaganda mit ihren großen Kosten von der Staatskasse bezahlt worden ist.“

Die Regierung, Herr Scheidemann und die Koskpartei haben die Pflicht, sich sofort zu diesen schweren Anschuldigungen zu äußern!

Der Koskismus in Sachsen.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Leipzig, 19. Dezember.

In der sächsischen Volkskammer wurde am Dienstag eine Vorlage beraten, die 10 Millionen Mark für die Einrichtung einer Hilspolizei für den Sicherheitsdienst forderte. Es handelt sich um die bekannten Koskagarden, die als Hilspolizei firmiert werden. Unsere Fraktion wandte sich energisch gegen den Plan. Genosse Rente führte aus, daß eine Konjunktur der sächsischen Hilspolizisten diese famose Hilspolizei entstehen lassen würde. Der Leipziger Volksdirektor habe sogar erklärt, abgelehnt habe. Der Leipziger Volksdirektor habe sogar erklärt, es sei geradezu unsinnig, eine Truppe zu schaffen, die zum Kampf gegen das Verbrechen völlig unbrauchbar sei, da sie nicht die geringste Schulung für den Sicherheitsdienst habe. Im Militär-Verordnungsblatt erschien einige Wochen vorher eine Mitteilung an die Offiziere, sie brauchten sich nicht für die neue Hilspolizei zu melden, da die Offiziere des Reichswehrkommando befehligt würden. Die Offiziere bringen auch gleich ihre untergebenen Offiziere, Feldwebel usw. mit. Die 10 Millionen Mark sind erst eine vorläufige Annahme, im nächsten Jahre werden laufende Ausgaben für diese Sicherheitswehr erscheinen. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen unserer Fraktion mit Hilfe der Rechtssozialisten bewilligt, nachdem der Minister Ullig und der Sprecher der rechtssozialistischen Fraktion Costa den Zweck dieser Koskagarden zu verschleiern gesucht hatten.

Der weiße Schrecken.

H. N. Budapest, 19. Dezember.

Donnerstag vormittag fand die Hinrichtung der 14 zum Tode verurteilten Terroristenführer aus der Zeit der Volksbewegung in Ungarn statt.

Abbruch der Verhandlungen zwischen England und Rußland.

Kopenhagen, 19. Dezember.

Die in Kopenhagen geführten Verhandlungen zwischen England und Sowjetrußland über die gegenseitige Auswechslung der Gefangenen sind gestern nachmittag abgebrochen worden, was in den Hauptfragen eine Einigung erzielt worden wäre.

Es sollen jedoch noch zwei Zusammenkünfte abgehalten werden, um die Einzelheiten der Zufuhren an britische Gefangene, darunter gegenseitige Erleichterung wegen der Postverbindung zu regeln.

Englische Arbeiter gegen die Rußlandspolitik der Regierung.

H. N. London, 19. Dezember.

Die Manchester Labour Party hielt eine Protestversammlung ab, in der die Haltung der englischen Regierung Rußland gegenüber scharf getadelt wurde. Der Redner Cox erklärte, England befinde sich nicht etwa wegen der in Rußland erfolgten Grausamkeiten mit der Sowjetregierung im Kriege, sondern lediglich darum, weil 1,600 Millionen Pfund Sterling dort investiert seien.

Bolschewistische Erfolge.

London, 19. Dezember (Draht).

Eine am Donnerstag eingegangene Meldung der Bolschewisten besagt: Die roten Truppen haben die besetzten Stellen ihrer Besatzung drei Meilen südlich von Narwa in einer Ausdehnung von zehn Meilen genommen. Die Bolschewisten sollen den Beland verfolgen und über Rawa hinaus gelangt sein.

Zugeständnisse an die Vereinigten Staaten.

Osaka, 19. Dezember.

Der „Neuwestfälische Courant“ meldet aus Paris: In politischen Kreisen geht das Gerücht, daß Lloyd George im Einverständnis mit Clemenceau sich bereit erklärt habe, der republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten in bezug auf die Annahme einer gewissen Zahl von Vorbehalten zum Friedensvertrag Zugeständnisse zu machen. Mit Wilson, der seinen Widerstand aufgegeben habe, seien Verhandlungen eingeleitet worden, eine Lösung werde in wenigen Tagen erwartet.

Erklärungen Lloyd Georges im Unterhaus.

H. N. London, 19. Dezember.

Lloyd George erklärte gestern nachmittag in einer Rede im Unterhaus, es seien keine Gründe zu der Vermutung vorhanden, daß Deutschland im geheimen oder auf irgendeine Weise U-Boote baue. Ferner erklärte der Premierminister, das Datum für den Beginn der Friedensverhandlungen mit der Türkei sei noch nicht festgesetzt, man werde sich aber bald nach Weihnachten darüber einigen. Es würden auch alle Gebel in Bewegung gesetzt, um die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Oesterreich zu beschleunigen. Aber auch hierfür könne er ein bestimmtes Datum nicht angeben.

Der Kredit für Oesterreich.

T. U. Amsterdam, 19. Dezember.

Nach dem „Evening Standard“ haben England und Frankreich sich dahin geeinigt, Oesterreich einen Kredit von 40 Millionen Pfund zu gewähren.

Erste Lage in Mesopotamien.

Amsterdam, 19. Dezember.

„Telegraph“ meldet aus London: Die englischen Blätter berichten über einen ersten Aufstand der Araber in Mesopotamien. Die Stadt Bezzegors wurde von arabischen Truppen genommen und die dortigen Regierungsgebäude vollständig eingeschert. Eine größere türkisch-arabische Bewegung ist im Gange. Türkische Streitkräfte rücken am Wuphat entlang in Richtung Bagdad vor. Es besteht die Gefahr, daß ein Zusammenstoß mit britischen Truppen erfolgt. Die Lage ist sehr ernst.

Die Explosionskatastrophe in Marienfel.

T. U. Oldenburg, 19. Dezember.

Die Explosion in Marienfel hat nach den bisherigen Feststellungen 20 Tote und 27 Schwerverletzte gesendet. Explosivstoffe sind 40 000 15-Zentimeter-Granaten. Der Oldenburger Landtag wird heute zur Linderung der Katastrophe eine Summe von 200 000 Mark bewilligen.

Deutschösterreichs Gewerkschaften

Von Julius Braunthal, Wien.

Die letzte Woche erfüllte die Tagung des Gewerkschaftsparlamentes in Wien. Sechs Jahre sind seit dem letzten österreichischen Gewerkschaftskongress abgelaufen — sechs Jahre der gewaltigsten geschichtlichen Gestaltungen, sechs Jahre der tiefgreifendsten Umwälzungen in Europa. Sie haben die Bedingungen des Klassenkampfes, insbesondere die der Arbeiterklasse Österreichs, von Grund aus geändert. Oesterreich war vor sechs Jahren ein Staatsgebilde, das sieben Nationen umfaßte. Die Gewerkschaften waren daher international, vereinigt in sich Deutsche wie Tschechen, Polen wie Italiener, Slowenen, Ukrainer, wie Kroaten. Aber die Widersprüche dieses unnatürlichen Staatsgebildes, das durch Macht geschaffen und durch Gewalt zusammengehalten war, durchbrachen auch das Einheitsgefüge der Arbeiterorganisationen. Die nationalen Separationsbestrebungen wurden auch innerhalb der Gewerkschaften immer mächtiger und führten schließlich zur Sprengung der einheitlichen Organisationen. Der letzte Gewerkschaftskongress war von der Frage der nationalen Abfallbestrebungen beherbergt. Der Zerfall der internationalen Gewerkschaft Oesterreichs kündete den Zerfall des Staatswesens Oesterreichs an.

Die Oktoberrevolution im vergangenen Jahre zertrümmerte die sechs Jahrhunderte alte Monarchie und schuf eine Reihe selbständiger Nationalstaaten. Uebrig blieb nur ein Torso des deutschösterreichischen Staates, das geschnälerte Alpenland. Die großen deutschen Gebiete der industriellen Sudeten, die Südränder des deutschen Siedlungsgebietes Tirols und Kärntens fielen dem Imperialismus der Diktatoren der siegreichen Alliierten zum Opfer. Der Wirkungskreis der deutschösterreichischen Gewerkschaften wurde durch den St. Germainer Frieden überaus verengt, ihre Wirksamkeit durch den unerhörten Notstand des Gemeinwesens beispiellos gedrosselt. Trotz alledem vermochten die Gewerkschaften des Landes in der kurzen Spanne Zeit eines Jahres eine Mehrung an Kraft und Macht zu erlangen, was sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung ohne Gleichnis ist. Im Jahre 1919 zählten die Gewerkschaften im ganzen alten Oesterreich 415 195 Mitglieder. Unter der vorhergehenden Wirkung des Krieges war ihr Mitgliederstand im Jahre 1916 auf 166 937 Mitglieder zusammengeschrumpft. Der diesjährige deutschösterreichische Gewerkschaftskongress vertrat gegen siebenhunderttausend Mitglieder, um reichlich die Hälfte mehr als zur Zeit des letzten Kongresses im Jahre 1913 im viermal größeren Oesterreich. Am 31. Dezember 1918 zählten die Gewerkschaften im deutschösterreichischen Staatsgebiet erst 295 147 Mitglieder; am 30. Juni, am Tage des Verichtsabchlusses, also nach sechs Monaten, vereinigten sie bereits 662 841 Mitglieder. Innerhalb eines halben Jahres hatte sich die Zahl ihrer Mitglieder um 367 694 mehr, also um 124 Prozent, vermehrt. Heute ist nahezu jeder neunte Einwohner in Deutschösterreich gewerkschaftlich organisiert, durch keine Gewerkschaft der Gewerkschaftskommission angegliedert, im Gewerkschaftsparlament auf dem Kongress vertreten! Neben diesen freien Gewerkschaften finden die zwerghaften christlich-sozialen und deutchnationalen Berufsvereine zur völligen Bedeutungslosigkeit herab. Die freien Gewerkschaften sind die gewaltigste Organisationsmacht im Staate. Dies in einem Lande von sechseinhalb Millionen Einwohnern, dessen Volkswirtschaft eine vorwiegend agrarische, dessen industrielle Produktion auf das schwerste geschädigt ist. Wohlhabend, Deutschösterreich ist ein kleines und erbarmungswürdig armes Land; es besitzt aber eine Arbeiterklasse, die zu den tapfersten Korps der Internationalen gezählt werden darf!

Zwei bedeutungsvolle Tatsachen der ökonomischen Revolution in dem vergangenen Jahre widerspiegelt die innere Zusammensetzung der Gewerkschaften: Das gewaltige Zustromen der Frauen und der Angehörigen zu den Berufsorganisationen. Die Kriegswirtschaft hat die Frauenarbeit außerordentlich gesteigert und den Mittelstand, wozu die Intelligenz, Kunst und Wirt-

Sicherungsbeamten, technischen Beamten und Kommerzien- und öffentlichen Angestellten zählen, im unerbittlichen Maße proletarisiert. Die wachsende Not hat ihr Klassenbewußtsein geweckt, die Dialektik der unerbittlichen Tatsachen, den wunden Kastendünkel und Indifferentismus bezwungen. Die Frauen, die im Jahre 1913 nur ein Viertel der Mitgliedschaft der Gewerkschaft stellten, bilden nun ein Viertel des Mitgliederstandes. Die Angestellten, die früher der Gewerkschaftsbewegung fremd, ja zum Teil feindlich gegenüberstanden, haben sich nun mit den Arbeiterorganisationen vereinigt. Die Angestelltenverbände mit 112 493 Mitgliedern sind unmittelbar der Gewerkschaftskommission angeschlossen; andere Verbände mit 43 247 Mitgliedern sind ihr durch ständige Delegationen mittelbar angeschlossen.

Und eine dritte Erscheinung der politischen Revolution im letzten Jahre wurde für den Aufbau der Gewerkschaft bedeutungsvoll: die überragende Stellung Wiens. Vor dem Zerfall der Monarchie war Wien zwar das bedeutendste, aber eins von vielen Industriezentren des Staates. In Prag, Reichenberg, Brünn, Böhmen, Pilsen und Lemberg, Triest und Graz kristallisierten sich die umliegenden Industriegebiete. Der Zerfall Oesterreichs hat Wien industriell vereinigt. Die großen Textilgebiete Nordböhmens und Mährens, die gewaltigen Kohlen- und Erzreviere Ostböhmens und Schlesiens, die Glas- und Porzellanindustrie der Tschechoslowakei, die Naphtha- und Salzgruben Galiziens gingen dem Lande verloren. Uebrig blieben die Metallveredelungs-, die Holz verarbeitenden und die Luxusindustrien Wiens und Niederösterreichs und die Schwerindustrie Obersteiermarks. Daher konzentrierte sich auch die Gewerkschaftsbewegung vor allem auf Wien und Niederösterreich. Von den 662 841 Mitgliedern der Gewerkschaft entfallen allein 377 806, das sind 57 Prozent, auf Wien, 127 278, das sind 19 Prozent, auf Niederösterreich. Wien und Niederösterreich umfassen 505 084, das sind 76 Prozent, aller Mitglieder der Gewerkschaft. Wien und Niederösterreich, aber vor allem Wien, ist Besitz des organisierten und klassenbewußten Proletariats.

Die Tatsache der Machterhaltung der Gewerkschaften hat ihren Beratungen den Weg gewiesen. Sie hatten an dem Ausbau der großen sozialpolitischen Gesetzgebung im vergangenen Jahre den stärksten Anteil. Die Fragen der künftigen Gewerkschaftspolitik wurden daher auf dem Gewerkschaftskongress eingehend erörtert. Das Anstreben der gewerkschaftlichen Organisationen machte den Uebergang zu neuen Organisationsformen dringend; der Beratung der Industriegruppenorganisationen und der Betriebsorganisationskongress mit aller Hingebung widmen. Die herumgehende, geradezu tägliche Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel haben die Tarifverträge, die Lohnsätze für eine gewisse Zeit festlegen, unwirksam gemacht; der Uebergang zu neuen Lohnformen und gleitenden Lohnskalen wurden als ernstestes Lohnproblem gründlich geprüft. Die Probleme der deutschösterreichischen Industrie, die Räte der Ernährung der Arbeiterklasse wurden besonders eindringlich behandelt. So schloß der Gewerkschaftskongress eine hochbedeutende Etappe und eröffnete eine verheißungsvolle neue Entwicklungsperiode in der Geschichte der deutschösterreichischen Arbeiterbewegung. An dem Umrisse ihres Bildes mag das ausländische Proletariat erkennen, was hier leidenschaftlich zugrunde gehen kann, wenn die Hilferufe des Landes unerbittlich verhallen.

Gegen die Rußland-Blockade.

Der Bund „Neues Vaterland“ teilt mit: Auf eine Anregung Professor Albert Einsteins, der sich Dr. Alfred Hermann Fried und Harry Graf Kessler angeschlossen, haben die Deutsche Friedensgesellschaft, der Bund Neues Vaterland, die Liga für Befreiung der Humanität, die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, der Bund für Mutterschutz, die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, die Internationale Frauenliga für

Frieden und Freiheit scharfen Protest eingelegt gegen die Absicht, über das russische Volk die Weltblockade zu verhängen.

Diesem Protest haben sich bisher angeschlossen mit der weiteren Forderung, mit Sowjetrußland in Friedensverhandlungen einzutreten, aus Dänemark der Humanistenverband (Kopenhagen), aus England The National Peace Council (Vorsitzender Charles V. Trevelyan), aus Frankreich die Gruppe „Clarie“, aus Holland die Pacific World Union, aus Norwegen der Studentenverein in Drontheim und ebenso der in Kristiania, der eine große Nacharbeit, aus Oesterreich die Gesellschaft für Friedens-erziehung, aus Polen die Liga für Völkerverbund Polen, aus Schweden der Bund für humanitäre Politik, aus der Tschechoslowakei die Internationale Völkerverbundliga der Sudetenländer.

Schüler des Matriemordes.

Fast eine Woche, nachdem der Bezirksverband Groß-Perlins der S. P. D. keine Rettungsoption für Roske und die übrigen Schuldigen am Matriemord unternahm, und das für die verdiente Sanktionierung von uns erhielt, kommt der „Vorwärts“ in einem langatmigen Leitartikel nochmals auf die Angelegenheit zurück. Die Erklärung für dieses recht auffällige Vorgehen findet sich in folgender Notiz, die der „Vorwärts“ an verstedter Stelle bringt:

Der sozialdemokratische Wahlverein Neulbau nahm zwei Entschlüsse einstimmig an, die gegen den Freispruch Roskes protestieren, Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit fordern und die Bekräftigung der kompromittierten Zeugen verlangen.

Ferner wird die Einberufung einer Generalversammlung von Groß-Perl in gefordert, um Stellung zu nehmen zum Matriemord, der Justiz und der augenblicklichen politischen Lage.

Zu dieser Generalversammlung sind zu laden die Groß-Perliner Abgeordneten beider gesetzgebenden Körperschaften, um über ihre zukünftige Gesamtpolitik Bericht zu erstatten. Die Genossen in verantwortungsvollen Regierungsverstellungen sind ebenfalls einzuladen.

Aus den Beschlüssen des Neulbauer Wahlvereins S. P. D. geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß sich in den Kreisen der rechtssozialistischen Arbeiterklasse mehr und mehr die Empörung über die unsozialistische konterrevolutionäre Politik ihrer in verantwortlichen Regierungsverstellungen befindlichen Parteiführer zu regen beginnt. Deshalb unternimmt der „Vorwärts“ es noch einmal, das mit Blut und Schweiß besudelte System Roske einzumachen und seinen Lesern einzureden, daß die Unabhängigen und die Kommunisten die eigentlichen Schuldigen an der Ermordung der Matrien sind. Da diese Behauptung allein denn doch zu dünn ist, um von irgend jemand ernst genommen zu werden, schildert der „Vorwärts“ in dem üblichen Stil, den wir aus zahllosen offiziellen Kundgebungen kennen, die Märzereignisse in Berlin, die angeblich von den „unabhängig-kommunistischen Generalstreikhebern“ heraufbeschworen worden seien. Diese Ereignisse hätten dann eine Atmosphäre geschaffen, die die Ermordung der 29 Matrien durch Marlow erklärlich erscheinen läßt. Für die Beurteilung des Systems Roske oder für die Beurteilung der heutigen Regierung beweise dieser Füll nicht. Der „Vorwärts“ stellt sich also nochmals, genau so wie die „Post“ und die „Deutsche Tageszeitung“, während vor den Matriemord und die Diktatur Roskes, die diesen Mord heraufbeschworen, und er scheut sich nicht, nur um die wackelig gewordene Position Roskes zu schützen, noch aller Schwärze des Marlow-Prozesses, den Mantel christlicher Liebe über die eigentlichen Schuldigen des Matriemordes zu breiten.

Dieses Beginnen ist um so schändlicher, als gerade der Marlow-Prozess unsere Vermutungen bestätigt hat, daß die Märzereignisse in Berlin von den Drahtziehern der Konterrevolution provoziert worden sind, um der Republik-

nischen Soldatenwehr und der Volksmarine die Division das Rückgrat zu brechen und die letzten Ueberreste der revolutionären Truppen aus Berlin zu entfernen. Es ist im Prozeß erwiesen worden — allerdings nicht mit jener Klarheit, die notwendig gewesen wäre, um alle Einzelheiten des teuflischen Planes der Reaktion zu erkennen —, daß Agenten der Regierung ihre Hand mit im Spiele hatten, um die Kämpfe am Alexanderplatz um, zu entfehlen. Bekannt ist ferner, daß diese Kämpfe nicht infolge Verhüllens der Volksmarine ausgedrungen sind. Doch aber all diese Kämpfe, wie der ganze sogenannte „Austritt“ nichts mit dem Generalstreik zu tun hatte, der bekanntlich nicht den Sturz der Regierung, sondern die Anerkennung der Räte und die Sozialisierung der Bergwerke bezweckte, geht aus folgender Erklärung des Nachrichtenoffiziers des Generalkommandos Lütjens, Hauptmann von Roskowitz, hervor, der im März in einer Pressekonferenz erklärte:

„Der Generalstreik ist scharf zu trennen von dem bewaffneten Austritt... Die Führer und Anhänger der Unabhängigen waren gegen den Austritt. Ebenso hielten die Führer der kommunistischen Partei die Zeit für den von langer Hand vorbereiteten Austritt zur Durchführung ihrer Ziele jetzt noch nicht für gekommen.“

Aus diesen Äußerungen des Leiters des geheimen Nachrichtendienstes beim Oberkommando Lütjens geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß selbst die Leiter der militärischen Strafexpedition gegen die Berliner Arbeiterklasse einen Zusammenhang zwischen dem Generalstreik und den Straßenkämpfen nicht zu konstruieren vermochten. Daß diesen Militär nicht gelang, das gelingt jedoch den literarischen Moskogardisten im „Vorwärts“, die in ihrem wütenden Hass gegen die Unabhängigen weiter gehen als selbst die bewußten Spitzel des Oberkommandos Lütjens und jene kaiserlichen Offiziere, die ausgerüstet mit den Schießbefehlen Roskes, auf die Berliner Bevölkerung losgelassen wurden.

Wie steht es mit der Mörberzentrale?

In dem Prozeß gegen Hasso von Tschilo hat der Angeklagte die Behauptung aufgestellt, es seien ihm während der Januarrevolte von dem damaligen Stadtkommandanten Leutnant Fischer 26 000 Mark überwiefen worden mit dem Auftrage, Lebedour und andere revolutionäre Führer zu ermorden. Diese Behauptung sollte feinerzeit schon im Lebedour-Prozeß unter Beweis gestellt werden. Hasso von Tschilo ist aber als Zeuge nicht erschienen. Der „Vorwärts“ behauptet nun, Hasso von Tschilo sei ein unzuverlässiger Mensch. Und er wiederholt bei dieser Gelegenheit das Märchen, Tschilo sei von den Unabhängigen während des Lebedour-Prozesses durch Geld und Lebensmittel bestochen worden, um eine günstige Aussage zu machen.

Wir haben schon wiederholt festgehalten, daß diese Behauptung eine glatte Unwahrheit ist. Tschilo hat sich niemals freiwillig dazu erboten, im Lebedour-Prozeß als Zeuge zu erscheinen. Er ist von unabhängiger Seite in seiner Weise beeinflusst worden. Doch er keine zuverlässige Persönlichkeit ist, heißt fest. Dadurch werden aber nicht die Unabhängigen belastet, sondern die damalige Kommandantur, die sich mit Vorliebe derartige Männer bediente, um revolutionäre Führer unschuldig zu machen. Die Verdächtigungen im Lebedour-Prozeß auf die Vermutung von Tschilos absolut kein Gewicht gelegt. Sie mochte die von Tschilo aufgestellten Behauptungen vielmehr durch andere zuverlässige Zeugen beweisen lassen. Das Gericht hat diese Beweise aber abgelehnt und damit eine reißende Wühlung der dunklen Angelegenheit verhindert.

Wir stellen daher nochmals fest, daß für die Verhaftung Lebedours eine größere Belohnung ausgesetzt wurde. Die Plankosten, die an der Verhaftung beteiligt waren, haben eine Prämie von je 20 M. erhalten. Den Löwenanteil — soviel wir wissen 20 000 Mark — hatte der Führer ein. Wir sind jederzeit bereit, vor Gericht den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung anzutreten.

Der neue kritische Geschäftsträger für Berlin Lord Alton hat erklärt England zu Beginn Januar.

Freiwild.

Von Max Dorn.

Wißt Ihr etwas von diesem Getier? Ich bin so ein Freiwild. Und da mich die frisch-leuchtend-rothlichen Jäger überall und überall verjagen — bis ich kaum im Wandel der Jahre vom Freiwild zum Weiwild gestiegen.

Warum sollte ich auch den Befehlen der Anpassung nicht unterliegen — gerade ich? Formu sich alles, mußte auch ich mich formen.

Mein Revier? Der Hochwald. Das Hochtal. Die Ferner sind meine Wälder. Ich liebe sie: Diese ersten rotwangigen Wälder. Meiner Mutter sind sie so ähnlich: der zärtlichen früh-aufstehenden Sonne.

Mein Revier ist der Hochwald. Und wie ich den Nebel sein Sang ist mein Trost. Seine Gottheit gleicht meinem Streben. Sein Duft wird mir Tat. Und sein Dunkel ist mir das lichtliche Licht. Denn es verdirbt mich: — den prüfenden lustigen Jägern.

Im Hochtal liegt ein Viehweid. Und lausche den Stimmen des Wassers. Ich's mir doch wirklich so ähnlich: dies sprudelnde, schäumige Wasser. Das schneite: sprang in die Wollen, flog legend wohn. Das schneite: sprang aus den Wollen, floß legend wohn. Wer treibt es — wer jagt es? Mein Vater — der Weltgeist im Kosmos. Ich kenne ihn nicht. Hat er doch diese Geliebte — nicht nur die Mutter mein — liebt er doch tausend und tausende Sonnen! Ich unehelich Kind — ich Schindlind, ich Nichtkind gerechter Verrechnung: ich liebe das Wasser. Und ich lausche den Stimmen des Wassers. Ich's mir doch wirklich so ähnlich: dies sprudelnde, schäumige Wasser der ewigen Unrast und Meile. Wasser! Wasser!

Unten im Tiefland ballt Rebel. Dort kennt man nicht Wälder. Dort kennt man nicht Viehweid. Man kennt nur die Sonne als Ruhet — für brütet wohl sommers auf Feldern. Man spricht, ihre Kraft zu verwenden: den Strauß will man fangen — ihn fesseln — und dann soll er pressen: roten und roten. Die Sonne hebt die Kaluta. O Mutter, die schweißliche Unruhe!

Wiß! Waff! — trara, trara — — da sind sie: fuch — fuch: auf die Welle. Hab wohl, du mein Hochwald! Run bin ich das Viehweid. Man trieb mich aus friedlichen Wäldern. Man jagt den Gedanken: den wilden friedlichen Wäldern. Der Bürger jagt mit dem Schulmann, der Varrer läßt lustig sein Hühner. Heil, frisch-leuchtend-rothlichen Jägern! So jagt nurel fuch — fuch — — ich bin schon lange fort. Dort rauchst, Der Qualm senkt mein Auge. Dort nun hincin!

Ich bin in Fabriken. Hier donnern die Räder. Bestände umwirbelt sich eitel. Und Spindeln tanzen wie Mäden. Ihre rufschwarzen Männer, was treibt Ihr? Kennt Ihr die Berge? Das Hochtal, die Ferner? Ihr gebt keine Antwort. Sed humm bei dem Rädergeräusche. Euer Blick ist heiß wie die Feuer — er glüht wie in Rot und in Angst. Brüder, ich kenne den Blick! Der Blick heißt: Verfolgung.

Sagt Euch! Ich sprech vom Gebirge. Da werdet Ihr jung: alle gläubig! Und meiner Mutter wollt Ihr nun folgen: der rötlich früh aufstehenden Sonne. Sie weist und den Weg auf die Höhen. Männer, Ihr alle wollt folgen! Das wird uns ein stiller Aufstieg.

Ich Weiwild bin Freiwild. Ich behl in die Berge mich ein. In zuckende rötliche Dergen. Ich bin in Fabriken. Ich brech durch die Witter der Schächte. Ich komme zum Bergmann. Ich schwimme durch Graumeer und Grünmeer — durchbeie die Wandung der Schiffe. Und behl mich dem Seemann in Herz. Ich bin das Erwecken. Ich bin das Eagen von Höhen und Frühlicht. Ich bin der Fuchs in den Herden — drum jagt man mich wildlichen Hesses.

Und eint war ich milde. Die Sanftmut. Ich wollte nur Ich sein. Nur Vorgang. Nur Schritt der wandelnden Zeit. Da ward ich Euch Freiwild: Ihr Bürger des Indehernen Hofes! Formu sich alles, mußte auch ich mich formen. Das Freiwild ward Weiwild. Weg ich denn eigentlich bin! Die Revolution.

Die Augenrollen erdichten in der Staatsoper nach langer Pause wieder auf dem Spielplan; mit diesem Werke erreichte Meyerbeer den Gipfel seines Ruhmes und den Höhepunkt seines Schaffens. Die schwingvollen Ensembles und die impetanten Chöre, die Wagner als die „Emancipation der Rassen“ bezeichnete und denen er in seiner ersten und mittleren Schaffensperiode so viel beauf, prägen sich unter der mitreißenden Rhythmisierung Leo Slezaks oft zu unmittelbarer Wirkung. Allerdings nur für den, der sich durch die Ruffel von der unmöglichen Handlung des Erbischen Kullissenmonstrums loszulösen vermochte. Unter den Dargestellten entwickelten nur Barbara Rems und Robert Dutt im Duett des letzten Aktes nennenswerte, deurbeste Leistungen. Sympathisch in der zurückhaltenden Wiedergabe des koloraturgetragenen Fel Witz v. Catapel als Margarete auf. In einzelnen hervortretenden Instrumentalstellen machte sich Raffälligkeit einiger Instrumente bemerkbar.

Revolutionäre Lyrik.

Schon vor der Revolution hatte die moderne Lyrik ihren tollsten Wortschatz in gehobenen Mähtimen zur Schau getragen. Nichts mehr von himmelsblauen, wähtlichen Dämmern, strahlend und ungebüßigt werden in wauer Bestimmung neue Ziele erreicht. Wie in Frankreich brach auch bei den jungen deutschen Dichtern ein verändertes Bewußtsein durch, das nun in entschlossenem Sinne sozialistisch nennen kann. Amerceden der Menschheit nennt Andrej Rubiner eine Sammlung von Dichtungen zur Weltrevolution, die er im Verlage Anton Schönerer, Potsdam, herausgegeben hat. In Unterabteilungen „Die Internationale“, „Empörung“, „Nieder mit dem Krieg“, „Die rote Schor“ sind hier Gedichte des Aufbegehens, des Kampfes und der Menschlichkeit zusammengestellt, die in schärfster Energie zu der menschlichen Freiheitskämpfer stehen, die als Poeten und Vorkämpfer des Völkerverbundes misarmiert, die Gewalt verheißlichen und bei dem Zusammenbruch mit in das bewußte Wassergrub geübten. Nicht nach einer Künstlerlichkeit wurden die Gedichte ausgewählt, sondern nach dem rechtzeitigen nicht nachträglichen Beseitigen des Dichters zum Kampfe gegen eine alte, vermoderte Welt. Genannt seien mit sehr wesentlichen Beiträgen Leher, Gell, Gullhaug, Pasenciczer, Jansen, Leonhard Rubiner, Koller, Wersel, Jech.

Utopische und sozialistische Ideen zur Befreiung und Vergemeinschaftung finden sich noch umfassender in der Symbolist-jüngler Dichtung, die Kurt Vintkus (im Verlag Ernst Rowohlt, Berlin) soden unter dem Titel „Menschheits-Dämmerung“ herausgegeben hat. Auch dieses Buch will keine geschichtliche Anthologie von „Werken der Dichter“ sein, sondern Sammlung der Erschütterungen und Leidenschaften, Sammlung von Sehnsucht, Glück und Qual unserer Epoche. In der Lyrik mit ihrer sehr beweglichen Gedichtformen spiegelt sich die totalistische, unferes mannigfach gekünstelten Zeitalters. Der Deutscher will ohne historische Folge den Zusammenklang disharmonischer Stimmen geben, das dröhnende Unisono der Herzen und Gehirne, die inbrünstig nach dem älteren, menschlicheren Menschen rufen. Natürlich spricht bei der Auswahl, die eine überaus reichliche und in den drucktechnischen Anordnungen fast allzu kompakte ist, das persönliche Empfinden des Herausgebers mit was und wen er als wertvoll nimmt oder als belanglos und epigonisch ausschaltet. So sollen manche Namen und insbesondere auch die eigentlichen Arbeiterdichter gerade weil es hier nicht auf die beste Form ankommt, während man auch die Saluze des Proletariats zu hören, dem es an

Maßlose Verteuerung der Lebensmittel!

Die Regierung setzt sich mit einer geradezu ungeheuerlichen Leichtfertigkeit über die Forderung der Arbeiter hinweg, daß keine weitere Verteuerung der Lebensbedürfnisse eintreten dürfe, bevor nicht die Lohnfrage geregelt ist. Ähnlich wird mitgeteilt, daß mit sofortiger Wirkung neue Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln eingeführt worden seien. Zur Begründung wird angeführt, daß das der zweitmäßigste und erfolgreichste Weg zur Steigerung der Ablieferung sei. Die Produktionskosten seien außerordentlich gestiegen, ein Ertrag der Heilmengen durch überhöhte Ware komme nicht in Frage. Es dürfe kein Mittel unversucht bleiben, um den Brotgetreide- und den Kartoffelbedarf aus der eigenen Ernte zu decken. Weiter heißt es:

Bei Brotgetreide legt die Prämie mit Erfüllung von 70 Prozent des Mindestablieferungsfolles ein und wird auf die gesamte bereits erfolgte Lieferung nachgezahlt. Die Prämie beträgt bei Erfüllung von 70 Prozent des Ablieferungsfolles 2 Mark für den Zentner Getreide, bis 80 Prozent 4 Mark, bis 90 Prozent 6 Mark, bis 95 Prozent 8 Mark, bis 100 Prozent 10 Mark, bis 105 Prozent 12 Mark, bis 110 Prozent 14 Mark. Die Kartoffelablieferungsprämie beginnt bei 50 Prozent des Ablieferungsfolles und ist dann geteilt von 10 zu 10 Prozent mit 2 Mark, 2,50 Mark, 3 Mark, 3,50 Mark, 4 Mark für jeden mehr abgelieferten Zentner und 4 Mark für jeden über 100 Prozent abgelieferten Zentner. Die Zuschläge für die Lieferungen über 80 Prozent werden auch den Schwächsten gezahlt, die bei Ertrag der Verordnung 50 Prozent des Kartoffelablieferungsfolles abgeliefert haben. Die Übernahme der Prämienkosten auf das Reich oder die Kommunen war unmöglich. Man hat sich beim Ertrag dieser Verordnung den großen Bedenken, die gegen Preissteigerungen auf wichtige Lebensmittel sprechen, gewiß nicht verschlossen. Die Mehrbelastung muß jedoch getragen werden. Wenn beachtet werden soll, daß gegen Ende des Wirtschaftsjahres nur noch Auslandsware zu bedeutend höheren Preisen vorrätig ist, die für die breite Masse des Volkes unerträglich sein werden.

Die Agrarier haben also alles erreicht, was sie forderten. Sie hielten mit den Lieferungen zurück und drohten die konsumierende Bevölkerung mit dem Hungertod. Als Prämie für dieses landesverräterische Verhalten werden ihnen jetzt außerordentlich hohe Liebesgaben zugewilligt, die nicht nur für die kommende Ernte gelten, sondern auch rückwirkende Kraft haben sollen.

Die Kosten für die neuen Liebesgaben an die Agrarier sollen die Konsumenten tragen, alle Preissteigerungen sollen auf die Verbraucher abgewälzt werden. Das Brot und das Getreide werden eine Verdoppelung ihrer Preise erfahren. Die Verteuerung der Kartoffeln wird in derselben Weise fortgeschritten. Liebesgaben also für die Agrarier, die Hungerpeinliche für die Arbeiter! Das berechtigt die Forderung, daß die Löhne erhöht werden müßten, um einen Ausgleich für die maßlos gesteigerten Lebensmittelpreise zu erreichen, ist ganz unberücksichtigt geblieben. Aber nicht nur Getreide und Kartoffeln, auch die anderen Lebensmittel werden ungeheuerlich verteuert.

Vom 1. Jan. ab wird das Pfund Zucker im Kleinhandel 1,20 Mark kosten. Für die nächste Kampagne fordern die Zuckerraffinerien 150 Mark für den Zentner Rohzucker, wenn die Zuckerverwertungsindustrie nicht aufgehoben wird. Das Pfund Zucker würde bei Bewilligung dieses Preises fast das zehnfache dessen kosten, was vor dem Kriege dafür bezahlt wurde. Die Preissteigerungen werden mit den gewaltig gestiegenen Produktionskosten und mit den erschrecklichen Lohnsteigerungen begründet. Eben so bei den bisherigen Preisen haben die Zuckerindustriellen Riesengewinne erzielen können. So hatte die Zuckerraffinerie Halle im abgelaufenen Betriebsjahre einen Uberschuß von 8,45 Millionen Mark; davon erhalten die Aktionäre 20 Prozent Dividende in bar, außerdem werden ihnen 3 Millionen Mark neuer Aktien überreicht, mit denen das Kapital zur Verwirklichung der Riesengewinne vergrößert werden soll. Die

signen Verändern nicht fehlt. Die Dämmerung, in die der Mensch versank und die erlösende Dämmerung einer Zukunft, die er sich selber schafft, wohnt in diesem Buch der Dichtungen, die sein reines und hohes Antlitz haben kann, sondern, wie der Herausgeber selber sagt, chaotisch ist wie die Welt, aus deren zerfallendem blutigen Boden sie erwuchs. Nicht säufelnde Seele, nicht kieselnder Reim umflingt uns hier, alles ist Sturz und Schrei, Kampf und Leid. Rein, diese Jugend ist nicht glücklich, sie ist durch die Hölle unseliger Erdenlöcher gegangen, die Vision des Genies liegt über ihr. In ihren Gedichten klingt ihr Se erlangen. In dieser Sammlung von über 800 Seiten sind mit Gedichten, Selbstbiographien und Porträts außer den oben genannten besonders noch Däubler, Ehrenstein, Goll, Heynide, Koller Schüler, Schiele, Stramm, Traß, Wolfenstein vertreten. Von Alfred Wolfenstein ist übrigens unter dem Titel „Menschlicher Kämpfer“ ein Band ausgedehnter Gedichte (im Verlag S. Fischer, Berlin) längst erschienen, der in diesem Zusammenhang gleichfalls hervorgehoben zu werden verdient. Sie heißen und sind von Dunkel, Freundschaft und Erhebung.

Ernst Schönant, den man in den genannten Sammlungen nicht findet, hat im Verlage von Paul Cassirer, Berlin, einen neuen Gedichtband erscheinen lassen: „Ein goldener Ring, ein dunkler Ring.“ Hier wendet sich der Dichter mit lyrischer Schärfe die tiefen Klade und vergangenem Tage, nicht unerföhrt stört und stülcht über die Welt; aber auch diese poetische Seele ist ihrer Zeit nicht fremd und ist durchdrungen von der kriegsrischen Not, dem Wund der Armut und der revolutionären Liebe.

Die Gedichtliche Kunst der deutschen Revolution. Von E. B. ...

Zuckerraffinerie Braunschweig gibt diesmal sogar 25 Prozent Dividende.

Es bleibt aber nicht bei der maßlosen Verteuerung des Zuckers, auch Marmelade und Kunsthonig sollen geradezu ungeheuerlich im Preise gesteigert werden. Die Marmelade wird künftig im Einzelhandel 8,24 Mark, der Kunsthonig 8,70 Mark das Pfund kosten. Als Begründung für diese Verteuerung wird angegeben, daß durch die geringe Zuckerezeugung im Inlande auch Auslandszucker in Anspruch genommen werden muß. Trotz der zurückgehenden Zuckerezeugung kann man aber im Schleichhandel jede beliebige Menge Zucker kaufen, wenn man nur das fünf- bis sechsfache dafür anlegt, was man für rationierten Zucker zu zahlen hat.

So setzt sich die ungeheuerliche Preissteigerung bei allen lebensnotwendigen Produkten fort. Die Erzeuger und die Händler machen riesige Gewinne, die Löhne der Arbeiter dagegen bleiben immer weiter hinter den Aufwendungen für den Lebensunterhalt zurück.

Verteuerung der Zeitungen.

Die Organisation der Verleger der bürgerlichen Zeitungen, der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger und der Vorstand der Vereinigung Großstädtischer Zeitungs-Verleger, erlassen durch die Presse folgende Mitteilung an die Zeitungsleser:

Die Verteuerung der Zeitungen hat sich während der letzten Monate in einem Maße verteuert, wie es nie vorausgesehen werden konnte. Weitere große Preissteigerungen der Rohmaterialien haben, ebenso wie eine abermalige Erhöhung der Teuerungszulagen hervor. Soll das Zeitungsgewerbe nicht zugrunde gehen, und soll die Presse überhaupt noch ihren öffentlichen Pflichten nachkommen, so muß das gestörte Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen der Zeitungen neuerdings ausgeglichen werden. Nach eingehenden Beratungen sind die Vorstände der unterzeichneten Verlegervereinigungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine durchgreifende und allgemeine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigepreise nicht zu umgehen ist, wenn die verteuerten Herstellungskosten wenigstens teilweise ausgeglichen werden sollen.

Um Groß-Berlin.

Der zur Beratung des Gesetzentwurfs eingesetzte Ausschuss der Preussischen Landesversammlung trat gestern früh zusammen. Nach mehrstündiger Aussprache vertagte er sich, um am 12. Januar zusammenzutreten und dann täglich Sitzungen abzuhalten. Die Sitzung der Mitglieder des Ausschusses zu dem Groß-Berliner Problem ist auch in den Parteien verschieden. Während die Mitglieder der rechtssozialistischen Partei und die Unabhängigen geschlossenen auf dem Boden der Einheitsgemeinde stehen, sind die Demokraten und Deutsche Volkspartei für die Gesamtgemeinde. Die Demokraten sind geistiger Auffassung, während von den Zentrumsmitgliedern noch nicht vorher gesagt werden kann, nach welcher Richtung hin sie sich endgültig entscheiden werden. Zunächst soll die Regierung noch einiges Material beschaffen, soweit das möglich ist. Die Wünsche einiger Mitglieder der rechten Seite waren derartig, daß man sich des Bedenkens nicht erwehren konnte, als würde eine Verschleppung beschließen. Dem was soll der Ausschuss mit der Vorlegung einer Uebersicht über die Schulden der Gemeinden anfangen? Einmal werden die Zahlen gar nicht mehr stimmen, wenn für zur Vorlage gelangen, dann aber wisse jeder, daß die Gemeinden durch den Krieg in Schulden stehen und daß bei Verschleppung des Gesetzentwurfes die Finanzkatastrophen nur noch schlimmer werden. Es hängt von den Antragstellern durch, daß sie die wahren Vorteile bewahren müßten, Verpflichtungen der übrigen Gemeinden mit zu übernehmen. Sehr beklagt wurde von allen Seiten, daß eine Reihe Gemeinden einer Bankrottspolitik direkt zustreben, in der Meinung, daß Groß-Berlin doch alles bezahlt. Es hatten Gemeinden auf dem Gebiete der Beförderung, Schaffung neuer Stellen, Beförderung von Beamten in höhere Stellen Beschlässe gefasst, und sahen täglich neue auf allgemeine Kosten, dem mußte einiegel vorgegeben werden. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, die sich aber noch nicht zu festen Formen verdichteten. Von unserm Vertreter, Genossen Leib, wurde gefordert, daß eventuell der Groß-Berliner Verband es sich vorbehalten müsse, Beschlüsse der Gemeinden, die nach dem 1. Oktober 1919 gefaßt seien über Besetzungen, neue Stellen, Beförderungen, nur dann für Groß-Berlin rechtskräftig und verbindlich seien, wenn die künftigen städtischen Behörden eine Nachprüfung vorgenommen und ihre Zustimmung erteilt hätten. Bestreift wurde auch der Vorschlag der Reichsminister Gemeindevorstellung auf Ankauf des Stahlwerks Wedder. Die Regierung wird die Anregungen zunächst erwägen. Wegen den Ertrag eines Spezialgesetzes wurden erhebliche Bedenken geltend gemacht.

Die Kosten für den Wiederaufbau der verödeten französischen Gebiete werden nach einer Pariser Mitteilung 150 Millionen Francs betragen.

Gewerkschaftliches.

Erster Gewerkschaftstag der Film- und Kinoangehörigen

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wurden die eingegangenen Anträge durchberaten. Dem Reichsverband ist, daß ein Antrag, der den Anschluß der Gewerkschaft an den „Großstädtischen Bund“ forderte, einstimmig — — abgelehnt wurde, nachdem Wauer sich gegen den Anschluß wandte, weil man sich dadurch einen Bind an das Reich binden würde. Man wolle und müsse „für sich“ bleiben.

Nach Erledigung der Anträge hielt Wauer ein längeres Referat, in dem er u. a. sagte: Das Betriebsrätegesetz würde, ob gut oder schlecht, die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion einschalten. Sätze der Arbeiter sei es, das Gesetz zu verbessern.

Nach einem weiteren Referat des Syndikus des Verbandes Dr. Goldbaum über den Reichsverband, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der Gewerkschaftstag des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands verlangt von dem Reichsverband, daß die Entziehung des § 4 des Entwurfs des Reichsministeriums des Innern; Aufnahme der Bestimmung, daß die durch die Prüfungsjahre zugelassenen Films weder polizeilicher noch staatsrechtlicher noch der richterlichen Bestätigung unterliegen; Unwiderrücklichkeit der Entscheidungen der Prüfungsstellen, also Entziehung des § 5 des Entwurfs, härtere Bestimmung der Richter der Filmindustrie in der Besetzung der Prüfungsstellen und der Oberprüfungsstelle.

Zum Schluß des Verhandlungstages wurde durch eine einstimmig angenommene Resolution an die gesamte Arbeiterklasse appelliert, nur solche Kinosäle zu besuchen, deren Vorführer und Angestellte in dem Zentralverband organisiert sind.

Groß-Berlin.

Zum Streit der Gastwirte.

Ein frivoles Spiel treiben die streikenden Gastwirte. Die Tausende, die angewiesen sind, in Restaurationen ihr Essen einzunehmen, werden kaltgestellt. Viele Kranke werden damit „getröfelt“, in die Krankenhäuser zu gehen und sich dort Essen geben zu lassen. Die Presse, die sonst über Arbeiterstreiks sich nicht genug erlustigen kann, sympathisiert mit den streikenden Gastwirten, weil sich ihr Vorstoß in letzter Linie gegen die Zwangswirtschaft wendet. Nun ist die Zwangswirtschaft ohnehin schon stark gelockert, was der Arbeiterklasse am härtesten fühlbar wird. Solange die Lebensmittel knapp sind, muß die Zwangswirtschaft aufrecht erhalten bleiben, weil sonst die Preise noch mehr steigen und nur der Besitzende sich das noch kaufen kann, was er braucht. Die neue Verordnung, gegen die sich der Gastwirtestreik wendet, soll bezwecken, daß mehr Waren abgeliefert werden und nicht in den Schleichhandel gelangen. Das war nur mit harten Strafen zu machen. Je mehr die Erzeuger von Lebensmitteln ihre Produkte in den regeln rechten Verkehr bringen müssen, desto besser kann die breite Masse beliefert werden. Wir haben an der heutigen Regierung viel auszuheben, aber gegen das Bestreben, der breiten Masse der Bevölkerung mehr Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zuzuführen, kann niemand etwas einwenden. Im Gegenteil, es ist von der Arbeiterklasse schärferes Vorgehen gegen das Schieberium gefordert worden. Was hier die Gastwirte tun, richtet sich in letzter Linie gegen die Arbeiterklasse, läuft auf die Verschlechterung der Lage der Arbeiter hinaus. Es ist bedauerlich, daß auch Angehörige sich hierzu mißbrauchen lassen.

Die Satten gegen die Hungerigen.

In der letzten Charlottenburger Stadtversammlung versammelten sich in diesem Jahre, am Mittwoch, kam es zu den stürmischsten Zusammenkünften, die die neue Stadterwahl seitensammlung bisher erlebt hatte. Nachdem die bürgerliche Mehrheit, verstärkt durch einen Teil der rechtssozialistischen Fraktion, mehr als eine halbe Million Mark für die Einwohnerversicherung und den Wachtzug bewilligt hatte, rief der Antrag der Unabhängigen Fraktion auf Gewährung einer Weibeschäftigung für Erwerbslose und Armen-Unterstützungsmittler zu befristeten Wiedereinstellung der Bürgerlichen hervor, daß es zu den schärfsten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Seiten und zu gewaltiger Unterbrechung der Beratungen kam. Gegen den Antrag auf Gewährung einer einmaligen Weibeschäftigung an die Erwerbslosen in Höhe der laufenden Unterstützung, den der Genosse Weidlich wirkungsvoll begründete, wurden vom Magistrat materielle Bedenken geltend gemacht. Schroff ablehnend verhielt sich die bürgerliche Fraktion, ebenso die demokratische, deren Sprecher es an jedem Verständnis für die Notlage der Erwerbslosen fehlen ließen. Die Rednerin der Bürgerlichen, Frau v. Gierke, verteidigte sich sogar zu der unerhöhten Behauptung, daß ein großer Teil der Arbeitslosenunterstützung veruntreut werde. Sie erhielt aber für diese schamlose Verdächtigung auf der Stelle eine so wirksame Abstrafung, daß sie ihre Ausführungen nur bruchstückweise zu beenden vermochte. Nachdem noch Genosse Herz und Frau Zuder (Rechtslos.) die Haltung der Bürgerlichen und der Demokraten gegeißelt hatten, wurde in namenslicher Abstimmung der Antrag Zuder, zu dessen Gunsten der Antrag der Unabhängigen Fraktion zurückgezogen war, mit 87 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Lediglich die Parteiführer in Saal und auf der Tribüne begleiteten dieses Ergebnis. Ein Teil der Tribünenbesucher verließ demonstrativ die Tribüne. Noch lebhaftere Auseinandersetzungen zeigte die Beratung des Antrages über die Weibeschäftigung der Erwerbslosen der Armenempfänger. Auch hier war es Frau v. Gierke, die es wagte, die Ablehnung des Antrages zu fordern und auf die private Wohltätigkeit (!) verwies. Der Gagel von Wohlwollenden, der ihr protokollierendes Verhalten begleitete, ließ in den Demokraten doch langsam die Erkenntnis aufblühen, daß diese Haltung, die in so schroffem Gegensatz zu ihrem Bewilligungsseiner für die Einwohnerrecht und für die „notleidenden“ Stadträte und Bürgermeister stand, ihnen äußerst unangenehm werden könnte. Die scharfen Anklagen, die Genosse Löwenstein ihnen ins Gesicht schleuberte, erzeugten denn auch einen von ihnen gestellten Beratungsantrag.

Nach Wiederbeginn der Sitzung beantragten sie Bewilligung von 80 000 Mark für die Empfänger von Armenunterstützung, lebten aber den weitergehenden Antrag der beiden sozialistischen Fraktionen auf Bewilligung von insgesamt 200 000 Mark und Unterstützung der Erwerbslosen mit derselben Mehrheit wie vorher ab. Die Arbeiter und Angestellten werden sich dieses Verhalten der Bürgerlichen, aber das bezeichnenderweise das Charlottenburger Lokalblatt mit fast völliger Stillschweigen hinwegsehen, wohl merken und lernen, daß bei diesen Herren trotz ihrer schönen Reden der alte unsoziale Geist im unterbewußten Lebensgefühl fortlebt. Während ihre Reden zwei Tage vorher bei der Beratung der Vorlage über die Erhöhung der Magistratsgehälter — den Stadträten wurde das Gehalt fast verdoppelt, dem Oberbürgermeister ein Gehalt von 42 000 Mark bewilligt — von sozialen Gründen trieben, zeigten sie jetzt ihre wahre kapitalistische Bestimmung. Auch bei der Bewilligung der Kosten für die Einwohnerrecht, bei der Genosse Herz hohle Angriffe gegen sie richtete, hatten sie weder finanzielle noch sonstige Bedenken. Hier handelte es sich ja auch um den Schutz ihres Eigentums und ihrer Sicherheit, bei den Anträgen der Unabhängigen aber nur um Arme und Erwerbslose.

Ein Raubüberfall auf einen Postwagen wurde Donnerstagabend in der Wühlbeide auf der Adreider Chaussee nahe bei Oberschöneweide verübt. Der von zwei Postknechten geführte Postwagen, in dem sich u. a. auch zwei Wertpapiere und ein Wertbrief mit Gesamtwerten von über 42 000 M. befanden, befand sich auf dem Wege von Oberschöneweide nach Mummelsburg. Kurz hinter Oberschöneweide tauchten zwei Gestalten auf, brachten die Pferde zum Stehen, zwangen die Postknechte mit vorgehaltenem Revolver zum Absteigen, fesselten dann den einen und ließen von dem andern die Wagenscheit öffnen. Nachdem dann die beiden Räuber sich der Wertgegenstände bemächtigt hatten, fesselten sie auch den zweiten Postknecht und verschwanden mit ihrem Raub in der Dunkelheit. Als später andere Personen davon sahen und die Postknechte von ihren Fesseln befreiten, war von den Räubern keine Spur mehr zu entdecken.

Weihnachtsfeier für die religionslosen Kinder der Schule 53 Säbolsens findet am Sonnabend, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, in der Schulaula Wogauer Straße statt.

Die städtischen Gänge, die der Magistrat beschafft hat, sollen nicht vor Weihnachten zur Ausgabe gelangen, sondern erst im Januar. Der Magistrat hält sich zu dieser Maßnahme dadurch bedrängt, daß jetzt der Berliner Markt mit Gängen überfüllt ist, während später wieder Anknappung an solchen herrschen dürfte und somit die spätere Zuführung der Gänge in den Verkehr im Interesse einer gleichmäßigeren Verteilung notwendig erscheint. Die Verkaufstage werden noch öffentlich bekannt gemacht. Diese Mitteilung wird vielen in der Bevölkerung eine sehr schwere Enttäuschung bereiten, die gehofft hatten, jetzt eine Gänge zu

